

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904

12.11.1904 (No. 378)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 12. November.

№ 378.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranschlagung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einschlagsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

1904.

Amtlicher Teil.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staats-eisenbahnen vom 3. November d. J. wurde Betriebssekretär Theodor Berber in Oppenau zum Stationsverwalter daselbst ernannt und Betriebsassistent Wilhelm Horn in Saagen nach Basel versetzt.

Die Großh. Zolldirektion hat unterm 29. Oktober d. J. die Hauptamtsassistenten Ferdinand Brettle in Lörrach nach Singen,

Franz Kurz in Schaffhausen nach Lörrach, Josef Steiner in Basel zur Zolldirektion und Bernhard Wipf in Singen nach Basel versetzt und unterm 2. November d. J. den Hauptamtsgehilfen Ernst Erlacher in Konstanz als Hauptamtsassistent etatmäßig angestellt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Die letzte Session des Landesauschusses.

A. Straßburg, 10. November.

In seiner soeben geschlossenen 31. Session, die vom 30. Januar bis 4. November, allerdings mit einer Unterbrechung von vier Monaten während des Sommers dauerte, hat der Landesauschuss für Elsaß-Lothringen eine angestrengte und arbeitsreiche Tätigkeit entfaltet. Gaben dabei die beim Beginn der Tagung gemachten ersten Anläufe zunächst auch noch nicht zu einer wirklichen Bildung von parlamentarischen Parteien geführt, so hat sich doch, auch ohne eigentliche Parteibildung, eine gewisse Gruppierung und Zusammenfassung der sich politisch einander näher stehenden Abgeordneten vollzogen, namentlich in bezug auf die Anhänger der liberalen und der liberalen Landespartei. Andererseits haben die parlamentarischen Debatten infolge des Eintritts einer Reihe neuer Abgeordneter unerkennbar an Lebhaftigkeit, Schwingung, oratorischem Glanz und an — Länge gewonnen; zählt doch der Landesauschuss gegenwärtig eine ganze Anzahl ausgezeichnete Redner und gewandter Debatter in seinem Schoße. Insofern dürften die diesjährigen Verhandlungen diejenigen früherer Sessionen übertreffen haben, und jedenfalls ist noch nie in der reichsständischen Volksvertretung so viel mit rhetorischem Geschick zum Fenster hinausgesprochen worden, wie diesmal. Hoffentlich werden aber unter diesem gesteigerten und bestehenden parlamentarischen Redefluss die bisherige Gründlichkeit und Sachlichkeit der Arbeiten des Landesauschusses nicht zu leiden haben. Denn was man auch gegen das vielgeschmähte „Rentner- und Notabelnparlament“ sagen mag, kein unbefangener Urteiler wird ihm die Anerkennung verweigern können, daß es, losgelöst von jeglichem politischen Parteiinteresse rein sachlich und mit praktischem Sinne für das allgemeine Beste zu arbeiten versteht.

Das Quantum der bewältigten parlamentarischen Arbeit war auch in der verfloffenen Session ein umfangreiches. In 31 Plenar- und 86 Kommissionssitzungen hat der Landesauschuss 5 Regierungsvorlagen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt und ferner 5 aus der Initiative der Mitglieder des Hauses entsprungene Gesetzentwürfe, Anträge und Resolutionen sowie 113 Petitionen erledigt. Die Regierungsvorlagen betrafen, außer dem Landeshaushaltsetat, das Lehrerbefoldungsgesetz, das Verkehrssteuergesetz, die Justiznobelle und das Enteignungsgesetz. Das Lehrerbefoldungsgesetz schafft eine erwünschte Erhöhung der Gehälter der Elementarlehrer und begegnet dadurch deren berechtigten Klagen in einer Weise, daß diese Angelegenheit auf absehbare Zeit als geregelt erscheinen darf. Das Verkehrssteuergesetz bringt durch eine Neufassung und Kodifizierung der veralteten und verworrenen Enregistrierungsgesetzgebung einen glücklichen Abschluß der Steuerreform. Die Justiznobelle enthält neben der Beseitigung der allgemeinen Haftung des Staates für Schadenshandlungen der Notare und Gerichtsvollzieher eine Regelung des Rechts der öffentlichen Arbeiten bzw. der Entschädigungen bei öffentlichen Arbeiten, einer für das tägliche Leben äußerst wichtigen Frage, die jedoch infolge der neuen Gesetzgebung etwas unklar geworden war und daher in der Gerichtspraxis verschiedentlich behandelt wurde. Das Enteignungsgesetz endlich sollte Mißstände der bestehenden Gesetzgebung bezüglich einer Bewilligung von

Entschädigungen in einer oft unangemessenen Höhe beseitigen; es ist jedoch durch die auch vom Plenum aufrecht erhaltenen Beschlüsse der Kommission leider zu einem für die Regierung unannehmbaren Gesetzentwurf gestaltet worden. Durch einen regierungsseitig angenommenen Initiativgesetzentwurf des Landesauschusses wird dem Ministerium die Ermächtigung gewährt, für die Sparlasten die Höchstgrenze der Spareinlagen auf 1000 Mark hinaufzurücken. Die aus dem Hause hervorgegangene Resolution umfaßt die Elsaß-Lothringische Verfassungsfrage mit der vom Landesauschuss einstimmig angenommenen Forderung nach einer Erhebung Elsaß-Lothringens zum vollberechtigten Bundesstaat sowie mit der durch eine starke Mehrheit votierten weiteren Forderung nach Einführung des Allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Elsaß-Lothringische Volksvertretung. Wie sich der Landesauschuss die Lösung der ersten Frage eigentlich denkt, darüber gibt die Resolution freilich keine Auskunft. Daß die zweite Forderung von der heutigen Landesregierung nicht bewilligt werden wird, war dem Landesauschuss schon vor seiner Beschlußfassung bekannt. Unter den Petitionen sind als von allgemeinerem Interesse hervorzuheben: das Gesuch um Einführung der fakultativen Feuerbestattung, die Emigrantfrage und die Angelegenheit des Rheinseitenkanals.

Zu der Feuerbestattung sah die Regierung im Hinblick auf die sich in dieser Sache noch zurückhaltenden beiden größten Bundesstaaten Preußen und Bayern vorerst von einer Stellungnahme ab; der Landesauschuss schloß sich dem an. Bezüglich der Emigranten fanden die von der Regierung befolgten Grundsätze: Strenge gegen diejenigen Personen, welche nach 1890 in der Absicht, sich der Wehrpflicht zu entziehen, ausgewandert sind, im übrigen milde und weites Entgegenkommen bei allen sonstigen Aufenthaltserlaubnisgesuchen, die volle Billigung der Landesvertretung. Betreffs des Rheinseitenkanals wurde von der Regierung erklärt, daß Verhandlungen mit Bayern über einen Kanal noch nicht eingeleitet seien, nachdem mit Baden eine Verständigung über die Rheinregulierung erzielt worden sei und da sich nur die finanzielle Seite, soweit es sich um die Uebernahme eines Kostenbeitrags durch die Interessenten handelt, noch in der Schwebe befinde, doch schon auch in Kürze eine Entscheidung zu erwarten stehe.

So hat denn das reichsständische Parlament sein vollgereichtes Maß an Arbeit gehabt und erledigt. Von seinem Wiedertzusammentreten trennen uns diesmal knappe drei Monate. Soviel bis jetzt bekannt ist, wird für die nächste Tagung neben dem neuen Landeshaushaltsetat, der in Aussicht gestellte Gesetzentwurf über das Vereins- und Versammlungsrecht die wichtigste Regierungsvorlage bilden.

Russische Politik.

Auf dem Gebiete der inneren Politik in Rußland steht ein bedeutungsvolles Ereignis bevor. In St. Petersburg wird demnächst, es heißt sogar schon am 19. d. M., ein Landtagskongreß zusammentreten, welcher die Aufgabe hat, den neuen russischen Minister des Innern, Fürsten Swiatopolk-Mirsky, mit der Stimmung und den Wünschen der Ständevertretungen bekannt zu machen und ihm ein verlässliches Material über die notwendigen Reformen zu unterbreiten. An den Beratungen des Landtagskongresses werden die Präsidenten der vierunddreißig Gouvernements-Ständevertretungen und einundvierzig Deputierte verschiedener Landschaften teilnehmen. Das Programm des Kongresses ist zwar noch nicht bekannt gegeben, aber in unterrichteten Kreisen verlautet, daß es den gegenwärtigen Bedürfnissen des Landes weitestgehend Rechnung trage. Die unter Alexander III. im Jahre 1892 geschaffene neue Semstwoordnung hat bekanntlich die durch das Gesetz Alexander II. vom Jahre 1864 den Semstvos gewährte Autonomie fast gänzlich aufgehoben und die Landschaften direkt der administrativen Gewalt unterstellt. Aber die Folgen dieser Politik haben sich besonders unter Plehwe fühlbar gemacht, welcher den kleinen Rest des Selbstverwaltungsrechtes der Semstvos vernichtete. Fürst Swiatopolk-Mirsky, der Nachfolger Plehwes, hat bekanntlich sich als Freund der Semstvos erklärt und in seiner Amtsantrittsrede angekündigt, daß er seine Politik auf Vertrauen zu der Gesellschaft begründen wolle. Als erstes sichtbares Resultat

dieser Politik erscheint der in St. Petersburg demnächst zusammentretende Kongreß der Vertreter der Semstvos. Wenn von diesem Kongresse zunächst auch nicht mehr als ein Austausch von Meinungen zwischen dem Leiter der inneren Politik in Rußland und den Abgesandten der Stände zu erwarten ist, so wird wohl der Kongreß dennoch die künftige Richtung der inneren Politik des neuen Ministers beeinflussen. Unter den Teilnehmern an dem Kongresse befinden sich hervorragende Personen, welche durch ihren Freisinn und durch ihre Wahrheitsliebe allgemein bekannt und beliebt sind. Vor mehr als hundert Jahren hatte Katharina II. Deputierte aller Stände nach Rußland berufen, um gemeinsam mit ihnen über die Reform des Justizwesens zu beraten. Doch die Großzarin zog aus dieser Einberufung der Vertreter der Stände die logischen Konsequenzen nicht und ihr vielversprechendes Beginnen verlief im Sand. Die Umstände, unter denen der gegenwärtige Zusammentritt des Landtagskongresses stattfindet, sprechen jedoch dafür, daß das vom Fürsten Swiatopolk-Mirsky proklamierte Vertrauen zu der Gesellschaft als Basis seiner Politik nicht von kurzer Dauer sein wird. Und darin liegt die Bedeutung des bevorstehenden Ereignisses im innerpolitischen Leben Rußlands.

(Telegramm.)

St. Petersburg, 11. Nov. Dem „Rußk“ zufolge empfing der Minister des Innern gestern eine Abordnung der jüdischen Gemeinde, welcher er erklärte, seiner Meinung nach bestehe das anzustrebende Ziel darin, eine Gleichberechtigung aller Bevölkerungselemente zu schaffen.

Aus dem französischen Parlament.

Paris, 10. Nov. Deputiertenkammer. Die Beratung des französisch-englischen Uebereinkommens wird wieder aufgenommen. Presse (Soz.) billigt das Uebereinkommen und hebt hervor, daß die Freundschaft Frankreichs und Englands eine Rückwirkung auf die Humanität und Zivilisation ausüben.

Dennis Cochin (konj.) verlangt Aufklärung über das Abkommen mit Spanien.

Jaurès (Soz.) begrüßt das französisch-englische Uebereinkommen als Friedensbürgschaft und den Vorläufer eines weitergehenden Einvernehmens. Gerade weil das Abkommen dazu bestimmt sei, den Weltfrieden zu sichern, dürfe über die Auslegung desselben kein Zweifel bestehen. Die Welt müsse wissen, daß das französisch-englische Einvernehmen gegen niemand gerichtet sei; das Abkommen dürfe in keiner Weise die Beziehungen Frankreichs zu Rußland oder die zu Deutschland berühren. Die Frage des Bündnisses mit Rußland stehe jetzt nicht zur Erörterung, sonst könnte man sich über die Illusionen auseinandersetzen, zu denen es vielleicht Anlaß gegeben habe (Bewegung), und über die Gefahren, die es vielleicht in sich birge. (Beifall auf der äußersten Linken.) Frankreichs Abkommen mit anderen Ländern dürften keine aggressive Spitze gegen irgend eine Macht haben. Frankreich sei von Deutschland schweres Unrecht zugefügt worden, und andererseits habe England die wirtschaftliche Konkurrenz Deutschlands zu fürchten. Es könnte nun jemandem der Gedanke kommen, daß das englisch-französische Abkommen auch diese Fragen berühre; deshalb dürfe nicht zugegeben werden, daß man vermuten könne, die Abkommen Frankreichs mit anderen Mächten seien gegen irgend eine Macht gerichtet. (Beifall auf der äußersten Linken.) Jaurès fährt fort: Wir sind der deutschen Diplomatie gegenüber in keiner Weise nachgiebig gesinnt, und wir fürchten, daß sie den Konflikt im äußersten Osten zu verlängern suche, um die Arme hinsichtlich der Türkei frei zu haben. Wir möchten ihr aber zu verstehen geben, daß an dem Tage, wo sie nicht mehr an ihre eigensüchtigen Verrechnungen denkt und aufrichtig mit an der Befestigung des Friedens arbeiten wird, Frankreich ihr keinerlei Vorfrage entgegenhalten wird. (Rufen auf verschiedenen Bänken.) Wir sind nicht gesonnen, das von der Gewalt begangene Verbrechen mit einem anderen Verbrechen der Gewalt zu erwidern (Beifall auf der äußersten Linken), und wir wollen nicht von vornherein jede Mitarbeit an dem Werke der Friedensstiftung zurückweisen. Jaurès erinnert dann an Gambetta, der selbst gesagt habe, er wolle eine Annäherung an Deutschland. (Widerspruch auf verschiedenen Bänken.) Wenn Gambetta oft von Zurückforderungen und von Genugtuung gesprochen habe, so habe er doch niemals von Revanche gesprochen, und zwar, weil er eine andere Art von Genugtuung im Auge hatte. (Bewegung.) Jaurès fährt dann zum Beweise seiner Behauptungen verschiedene Stellen aus Reden Gambettas an (Zurufel), und sagt, aus dem Briefwechsel Bismarcks gehe hervor, daß Gambetta gesucht habe, direkt über eine Annäherung an Deutschland zu verhandeln, weil er den Frieden gewollt habe. (Unruhe auf verschiedenen Bänken.) Jaurès verliest darauf weitere Notizen Gambettas, und erklärt, er verstehe diese so, daß Gambetta zwar die nationalen Forderungen aufrecht erhielt, eine Politik des Schmollens aber zurückwies, und die Hoffnung auf eine Annäherung an Deutschland nicht aufgab. Jaurès fährt fort, eine Angriffspolitik sei unmöglich und die Völker würden gezwungen sein, eine Schiedsgerichtspolitik zu treiben, wenn sie nicht auf den Bankrott und auf alle möglichen Gefahren hindrängen wollten. (Beifall links.) Alle Völker müssen mit Schonung behandelt werden, selbst die im äußersten

Osten, wo es auch Nationalitäten gebe. (Beifall auf der äußersten Linken.) Im äußersten Osten könne Frankreich mit England gemeinsame Politik treiben. Jaurès kommt dann auf den Vertrag bezüglich Marokkos zu sprechen, und sagt, derselbe biete gewisse Vorteile, könne aber gefährlich werden, weil das Recht, das er Frankreich zuerkennt, keines der Hindernisse beseitige, die sich dem friedlichen Eindringen Frankreichs in Marokko entgegenstellen würden. Redner befürwortet schließlich eine Politik vorsichtigen, methodischen und friedlichen Eindringens. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Nachdem Thomson (Mad.) von den Aufgaben der an der algerisch-marokkanischen Grenze zu befolgenden Politik gesprochen, ergreift der Minister des Aeußern, Delcassé, das Wort: Er erinnert zunächst daran, daß der in Frankreich befolgte Politik ein Bündnis als Grundlage diene, das für alle eines der mächtigsten Werkzeuge des europäischen Gleichgewichts bedeute. Der Minister rechtfertigt dann das Abkommen bezüglich Neufundlands, und sagt, alle Einwendungen, die bisher gemacht worden seien, würden angesichts der lokalen Zusicherungen Englands hinfällig. Delcassé bespricht ferner die im Norden erlangten Kompensationen und gibt zu, daß hinsichtlich Ägyptens ein Opfer gebracht worden sei. Er habe aber nach 22 Jahren die Räumung Ägyptens nicht mehr fordern wollen. Als Entgelt für das gebrachte Opfer habe Frankreich unbestreitbare Garantien für die Gläubiger der ägyptischen Staatsschuld und für seine moralischen Interessen erlangt. Das Ziel der Regierung sei gewesen, in Marokko das Uebergewicht Frankreichs herzustellen. Es sei notwendig gewesen, den legitimen Interessen des Marokko benachbarten Spaniens Rechnung zu tragen. Alles habe auf ein Abkommen hingewiesen, das die spanischen Interessen und die Integrität Marokkos sicherte. Unter diesen Umständen sei das Abkommen mit Spanien unterzeichnet worden. Daraufhin ist die Verständigung mit England getroffen worden, und im Gegensatz zu allem, was gesagt worden, empfangen und gebe jede der beiden Nationen in gleicher Weise und ihren Interessen sei gleichmäßig Genüge geschehen. Frankreich habe in Marokko die Hände frei; das französisch-englische Abkommen diene der Sache des Friedens, werde Frankreichs Situation in der Welt stärken und dazu beitragen, Eintracht unter allen Völkern der Erde zu stiften. (Einstimmiger Beifall.)

Die allgemeine Beratung der Interpellationen wird darauf geschlossen.

Ministerpräsident Combes bringt unter dem Beifall der gesamten Mehrheit des Hauses die Vorlage, betreffend die Trennung von Staat und Kirche ein.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

(Telegramm.)

* Paris, 11. Nov. In radikalen Kreisen herrscht lebhaftes Befriedigung darüber, daß der Ministerpräsident Combes den Gesetzentwurf über Trennung von Kirche und Staat, den er jüngst der Kammerkommission vorgelegt hatte, nunmehr auch der Kammer unterbreitet hat. Hierdurch seien die Gerüchte, aus diesem Grunde herrschten im Ministerium Meinungsverschiedenheiten, zu nichte gemacht worden; denn der Gesetzentwurf trage außer der Unterschrift des Präsidenten der Republik, Loubet, die Unterschriften aller an ihm beteiligten Minister, nämlich des Ministerpräsidenten Combes, des Justizministers Ballet, des Finanzministers Rouvier und des Ministers des Auswärtigen, Delcassé.

* Paris, 11. Nov. Kriegsminister André wurde gestern vom Untersuchungsrichter vernommen. André erklärte, er halte seine Klage gegen Sybesson aufrecht. André schilberte den Vorgang in der Deputiertenkammer und fügte hinzu, er leide infolge des Angriffs an einer leichten Nervenerschütterung.

Der Aufstand in Südwestafrika.

(Telegramme.)

* Berlin, 11. Nov. Gouverneur Leutwein meldet: Ein Telegramm aus Rehobot besagt, daß nach Erzählungen aus dem Witboislager zurückgekehrter Bastards der Aufstand veranlaßt worden sei auf Anregung eines angeblich eingeborenen Propheten aus der Capkolonie. Die Witbois glauben an dessen höhere Sendung. — General Trotha meldet aus Windhuk: Oberleutnant Böttlin hatte mit seiner Patrouille am 4. und 6. November bei Dirichas siegreiche Gefechte mit Hottentottenbanden von zusammen 80 Gewehren. Die Kolonne des Oberleutnant Greiff mit 2 Maschinengewehren, der sich der Patrouille des Oberleutnant von Bentifegus angeschlossen hatte, hatte am 6. November siegreiche Gefechte mit größeren Hererobanden, 20 Kilometer nördlich von Otjofondou. Der Feind wurde verfolgt und hatte 12 Tote.

* Berlin, 11. Nov. In einem Brief Herrndr Witbois heißt es: So hat jetzt Gott aus dem Himmel den Vertrag gebrochen. Dann bittet er, seine gefangenen Leute frei zu lassen, weil sie unschuldig an seinen Werken seien. Die Hauptursache des Aufstandes ist nach Leutweins Ansicht fraglos religiöser Wahnsinn, hervorgerufen durch einen angeblichen Propheten aus der Capkolonie, der Mitte dieses Jahres eine Zeit lang in Windhuk in Haft gehalten worden war.

* Berlin, 10. Nov. Verlustliste: Am 1. Typus gestorben: Reiter Ludwig Winterle, früher Regiment Nr. 112, im Lazarett Oshandja; Reiter Arno Weichelt, geboren am 15. Dezember 1882, im Lazarett Eputiro. Bei beiden Datum noch nicht bekannt. Trompeter Unteroffizier August Neuhert, geboren am 4. Dezember 1875, früher Dragonerregiment Nr. 13, am 6. November bei Olamungongou durch Schuß in den Oberarm schwer verwundet. Reiter Arthur Christia, geboren am 19. November 1881 seit 19. Oktober auf dem Wege Eputiro—Oshandja, wird vermisst.

Die Studentennunruhen in Innsbruck.

(Telegramme.)

* Innsbruck, 11. Nov. Die hiesigen Blätter veröffentlichen einen Aufruf, in welchem zum wirtschaftlichen Boykott der italienischen Kaufleute aufgefordert wird. Die Stadtverwaltung entließ alle italienischen Arbeiter, etwa 700 Maurer und Steinarbeiter.

* Bozen, 11. Nov. Hier fanden Kundgebungen gegen ein italienisches Vereinslokal statt, welches ein Volksbühnen zerstören wollte.

Der russisch-japanische Krieg.

(Telegramme.)

Die Belagerung Fort Arthurs.

* Tschifu, 10. Nov. Nach Aussagen von Chinesen kostete den Japanern die Erstürmung des Forts Tschifu große Verluste. Am Morgen des 5. und 6. November wurden heftige Angriffe unternommen, jedoch zurückgeschlagen. Während des zweiten Ansturmes flog eine Granate von Kallischwang über andere Hügel hinweg in das Fort Tschifu, zerstörte die Kontrollstation der Landminen und verursachte eine Minenexplosion. Die Russen, welche Laufgräben am Rande des minierten Teiles innehatten, verloren 600 bis 700 Tote und Verwundete. Die Japaner hatten diese Stelle noch nicht erreicht und entzogen ohne Verlust. Die Japaner rückten an beiden Tagen in voller Stärke vor, wie es ihnen nur das Terrain gestattete, hatten aber lange Strecken unter dem Feuer der russischen Maschinengewehre zurückzulegen, wodurch ihre Reihen stark geschädigt wurden.

* Paris, 11. Nov. Der Korrespondent des „Matin“ in Tschifu berichtet, aus Fort Arthur eingetroffene Chinesen teilen mit, daß sich die Japaner durchaus nicht des Forts Erlungshan, sondern einer benachbarten, ziemlich unwichtigen Stellung bemächtigt hätten.

* London, 11. Nov. Daily Telegraph meldet aus Tientsin von gestern: Die russischen Schiffe im Hafen von Port Arthur müssen wegen des japanischen Feuers fortwährend ihre Stellung ändern. Man erwartet daher einen neuen Ausfall der Flotte.

* London, 11. Nov. Der „Morning Post“ wird gemeldet: Die Japaner hätten noch einmal Kapitulationsverhandlungen mit Port Arthur angeknüpft. General Stössel habe sich zur Beratung mit seinen Offizieren Zeit erbeten. Die Festung sei noch mit Lebensmitteln versehen, leide aber an Wassermangel.

Vom Mandchurischen Kriegsschauplatz.

* London, 11. Nov. Daily Telegraph berichtet unter dem 9. d. M. aus dem Hauptquartier des General Oku, daß die Russen verschiedene energische Angriffe auf Lamutu und Lihujichinpu machten, aber mit schweren Verlusten zurückgeworfen wurden. Die genannten Orte sind durch das Artilleriefeuer zerstört worden.

* Mukden, 11. Nov. Admiral Striblow begibt sich nach kurzem Aufenthalt in Mukden nach Gudjadjji, um mit Kuropatkin zu konferieren. Er bleibt wahrscheinlich drei Tage bei der Armee.

Zur Beilegung des Suller Streitfalls.

* St. Petersburg, 11. Nov. Zu Mitgliedern der Untersuchungskommission für die Suller Angelegenheit sind ernannt worden: Oberleutnant Steuger, Chef der wissenschaftlichen Abteilung im Marineministerium, Leutnant Wolkoff und der zweite Dragoonan bei der russischen Botschaft in Konstantinopel, Mandelstam.

* St. Petersburg, 11. Nov. Rußland und England entsenden zu dem Schiedsgericht auch einen juristischen Beirat. Von russischer Seite ist Baron Taube vom Auswärtigen Amte hierzu ausersehen.

Die Fahrt des baltischen Geschwaders.

* London, 11. Nov. Nach einer Notizmeldung aus Canea vom 10. November sind 5 Kreuzer, 8 Torpedobootzerstörer und 7 Transportdampfer der baltischen Flotte in der Endabucht angekommen.

* London, 11. Nov. „Daily Mail“ meldet aus Canea von gestern: Die russischen Schiffe in der Sudabai nahmen Kohlen und Lebensmittel an Bord. Der Kapitän des Kreuzers „Swetlana“ erzählt, in Langer hätte ihm der Maschinist eines Kohlentransportdampfers mitgeteilt, daß er unter den Fischerbooten ein Torpedoboot gesehen und das Geräusch des Abziehens eines Torpedos gehört habe. Das Boot sei schwedischer Art gewesen.

Die Interventionsfrage.

* London, 11. Nov. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington von gestern: Lord Lansdownes Rede werde hier als eine Befürwortung einer Intervention in fernem Osten aufgefaßt. Präsident Roosevelt wartete nach Aussage eines hohen Staatsbeamten nur auf eine günstige Gelegenheit, um alles zu tun, den Krieg zu beenden. Aber Amerika könne unter keinen Umständen offiziell seine Vermittlung anbieten, solange nicht beide Kriegführenden sich bereit erklären, die guten Dienste des Präsidenten in Anspruch zu nehmen. Man sagt, Japan habe vor vielen Wochen erklärt, es sei bereit, die Vermittlung des Präsidenten Roosevelt oder des Königs Edward anzunehmen. Aber die geringste Andeutung in bezug auf Friedensvermittlung habe unter den russischen Beamten in Washington Widerspruch hervorgerufen.

* London, 11. Nov. Der „Standard“ meldet aus Shanghai: Die Eisenbahn Soeul—Fusan ist fertiggestellt und wird am 12. d. M. eröffnet. Die Reise von Tokio nach Soeul wird jetzt nur noch 50 Stunden dauern.

* Tokio, 11. Nov. Der Mikado gab seine Zustimmung, daß eine japanische Anleihe im Auslande im Betrage von 12 Millionen Pfund Sterling begeben werde. Die Bedingungen dieser Anleihe überraschten in finanziellen Kreisen, da man dort gehofft hatte, günstigere Bedingungen zu erreichen, als bei der ersten Anleihe.

* St. Petersburg, 11. Nov. Statthalter Alexejew ist hier eingetroffen und in einem Hotel abgetreten. Die Abreise des Generals Kaubars nach Ostasien ist bis zur Rückkehr des Zaren verschoben worden.

* Sswalki, 10. Nov. Seine Majestät der Kaiser von Rußland ist hier eingetroffen und hielt, nachdem er zunächst die Front der auf dem Bohnhofe aufgestellten Ehrenkompanie abgesehen hatte, eine Truppenrevue ab. Nach derselben fand in dem Kaiserlichen Hofzuge ein Frühstück statt, zu dem die mit dem Kaiser hier eingetroffene deutsche Abordnung geladen war.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 11. November.

Nachmals die ausländischen Jäger.

** In einem, auch in badische Blätter übergegangenen Korrespondenzartikel des „Schwäbischen Merkur“ vom 6. November wird bemerkt, es seien „die wiederholten Mahnungen „aus Jägerkreisen“, welche an die Adresse der badischen Regierung gerichtet worden waren, bei der Erteilung der Jagdberechtigung an auswärtige Jagdliebhaber einige Vorsicht zu üben, offenbar nicht ohne Eindruck auf die Regierung geblieben“. Und zwar knüpft sich diese Bemerkung an die Mitteilung der Tatsache, daß nach einer Anordnung des Ministeriums des Innern die im Bereich der Befestigungsanlagen am Isteiner Klotz liegenden Jagdbezirke nur an Zuländer verpachtet werden dürfen. Die Tatsache einer solchen Anordnung wird richtig sein. Unrichtig aber ist es, wenn sie auf den Eindruck jener Mahnungen „aus Jägerkreisen“ zurückgeführt wird. Es ist eben, nachdem die Befestigungen am Isteiner Klotz neuerdings vollendet waren, für das in ihrem Bereich liegende Jagdgebiet nur dasjenige angeordnet worden, was im Interesse der Landesverteidigung schon früher für den Bereich anderer Befestigungsanlagen angeordnet war. Die Maßnahme war bereits geraume Zeit vorher beschlossene, ehe jene Mahnungen aus dem um das Wohl der Landesverteidigung besorgten „Jägerkreisen“ in der Presse erschienen sind. Und jene Mahnungen werden wohl auf unsere Regierung keinen Eindruck gemacht haben, es sei denn die, daß sie überflüssig sind und ganz anderen Interessen, als dem der Landesverteidigung, dienen sollen.

** Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat die im September d. J. angeordnete Kürzung der Ladefristen für die auf Anschlußgleisen, an Lagerplätzen, sowie im Wasserumschlagsverkehr zu be- und entladenden Wagen wieder aufgehoben. Sonach finden die regelmäßigen Ladefristen wieder allgemeine Anwendung.

** Im Monat Oktober 1904 gelangten beim Genossenschaftsvorstand der Badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft 570 Unfälle zur Anzeige, wovon 546 auf die Landwirtschaft und die mitverbundenen Nebenbetriebe, 24 auf die Forstwirtschaft entfielen. Erstmals einschädigt wurden 261 Fälle und an Jahresrenten hierfür 23 916 M. 25 Pf. zur Zahlung angewiesen. In 6 Fällen wurden auf später festzusetzende Renten Vorschlagszahlungen im Gesamtbetrag von 480 M. geleistet. — Unter den 261 Fällen sind 17 Fälle mit tödlichem Ausgang und wurden an die Hinterbliebenen Sterbegelder im Gesamtbetrag von 850 M. bezahlt, während an 8 Witwen und 9 Kinder Jahresrenten von zusammen 793 M. — resp. 726 M. — zur Zahlung angewiesen wurden. — Im gesamten waren zu Anfang des Monats Oktober 1904: 17 160 Personen im Rentenverhältnis; davon schieden im Laufe des Monats Oktober 1904 durch Einstellung der Renten 21 und durch Tod 42 aus. — Unter Berücksichtigung des obigen Zuganges bezogen hiernach auf 1. November 1904: 17 364 Personen Renten im gesamten Jahresbetrag von rund 1 415 878 M. — Die Zahl der Fälle, in welchen im Laufe des Monats Oktober Entschädigungen abgelehnt wurden betrug 104; in 210 Fällen mußten Änderungen im Rentenbezug vorgenommen werden.

* (Kreiswahlmännerwahlen.) Bei der am 9. d. M. vorgenommenen Wahl der Kreiswahlmänner haben sich von 14 320 Wahlberechtigten 1438, d. h. 10,04 Prozent, beteiligt. Die Teilnahme war etwas reger, als bei der Wahl im Jahre 1898, bei der 9,2 Prozent der Wahlberechtigten abstimmten. In den einzelnen Wahlbezirken schwankt die prozentuale Beteiligungsziffer zwischen 6,8 Prozent (8. Distrikt) und 13,6 Prozent (18. Distrikt). Verhältnismäßig am schwächsten war die Wahlbeteiligung in der Südstadt (vom 7. Distrikt abgesehen) und in der Oststadt. Für die Wahl waren diesmal zwei Vorschlagslisten aufgestellt, eine von liberaler Seite und eine vom Zentrum. Auf die erstere entfielen 865 Stimmen, d. h. 60,1 Prozent der Gesamtzahl der Stimmen, auf die letztere 546 oder 38 Prozent, 28 Stimmen waren unglücklich. In 6 Distrikten, die sämtlich in der Süd- und in der Oststadt gelegen sind, siegte das Zentrum; es sind das zum Teil die gleichen Distrikte, die sich durch eine besonders niedrige Wahlbeteiligungsziffer auszeichnen. Verhältnismäßig am größten war die Zahl der für die liberale Vorschlagsliste abgegebenen Stimmen mit 87 Prozent im 20. Distrikt (alter Hardwaldstadteil), am niedrigsten mit 24,6 Prozent im 9. Distrikt (Auggarten- und Rosenstraße).

£ (Großherzogliches Hoftheater.) Zu Schillers Geburtstag brachte uns unsere Hofbühne wieder einmal nach mehreren Jahren die „Mäuber“, das sieghafte Kraftwerk aus der Sturm- und Drangperiode eines Großen. Das Theater war sehr gut besetzt, zumehr als es begeistereflammende Jugend, die sich eben noch an der ersten Verkürzung Schillerischer Dramen heraufschleicht, hier die durch dramatische Kunst verdoppelte Macht des Genies, in stammer Ergreifung auf sich wirken ließ. Aber auch viele, die sich unter grauem Haar ein jugendwarmes Empfinden bewahrt, ließen sich wieder, wer weiß zum wievielmal, durch die wunderbare Schönheit Schillerischer Sprache, durch die Wucht seiner dramatischen Kraft, seiner unerschöpflichen Gedankenfülle zu uneingeschränkter Begeisterung mit fortziehen. Der Aufführung folgte ein wahrer Sturm der Begeisterung, wie ihn nur unmittelbare, große Eindrücke, die keine kritischen Erwägungen aufkommen lassen, erzeugen können. Hier sah man wieder eine deutliche Antwort auf die in letzter Zeit so oft behandelte Frage, was Schiller der heutigen Jugend? Er ist ihr ein unvergleichlicher Quell idealer Erhebung. — Die Darstellung war gut inszeniert, besonders die Männergruppen bildeten ein romantisch wirksames Bild. Karl wie Franz Moor sind beide mit einer solchen Fülle von Leben und Ausdruck ausgestattet, daß ein gewaltiges Aufgebot darstellerischer Kraft dazu gehört, ihnen genug zu tun. Herr Herz und Herr Wassermann leisteten beide in ihrer Art mit bestem Erfolge, in temperamentvollem, leidenschaftlichem Spiel das Mögliche. Auch Frä. Wahn war eine rührend-ergreifende Amalia. Eine besonders gute Vertretung hatte noch der alte Moor in Herrn Kempf. Im übrigen hatten die kleineren Rollen, die größtenteils bekannt, im allgemeinen gute Besetzung.

£ (Kaufmännischer Verein Karlsruhe.) Friedrich Kaumann hat als populär politischer Redner wohl kaum seines Gleichen. So einfach, klar, so geistreich und humorvoll das spröde Gebiet der Politik, und nun gar der Sozialpolitik, zu behandeln, ist nur wenigen gegeben, und auch die, die nicht auf seinem Standpunkt stehen, werden ihm mit Interesse folgen. Seine getriggen Betrachtungen über „Bildung und Kunst“

im Dienste des sozialen Fortschritts" bedeuteten einen Höhepunkt, unter den wertvollen Beiträgen, die von der Vermittlung des Kaufmännischen Vereins alljährlich verhandelt. Herr Kaufmann betonte, daß die notwendige, elementare, gleichmäßige Bildung nicht genüge, es muß auch für die individuelle Entwicklung des einzelnen gefordert werden, in geistiger, wie in künstlerischer und technischer Richtung. Das erfordert Opfer, aber wir müssen und wir können sie bringen. Es müssen, worauf alle Bildung, aller Fortschritt abzielt, aus der Masse — Menschen werden. Nicht allein aus idealen Gründen, sondern um durch eine, nur von einer in jeder Richtung gebildeten Arbeiterschaft zu leistenden, durch künstlerische Form ausgezeichneten Qualitätsarbeit, im wirtschaftlichen Kampf konkurrenzfähig zu bleiben. — Seine Großh. Hoheit Prinz Karl nebst Höchster Gemahlin, der Gräfin Rhena, wohnten dem Vortrag bei und beteiligten sich an den sehr lebhaften Beifallsbekundungen der zahlreichen Zuhörerschaft.

Herr Kaufmann brachte es trotz sehr merkwürdiger Heiserkeit fertig, auf Veranlassung des hiesigen Nationalsozialisten und des Volksvereins, gleichfalls im Eintrachtsaal, nach kurzer Pause, noch einen parteipolitischen Vortrag zu halten, der überaus zahlreich besucht war, und in dem er in feinem Vortrag über das Thema „Liberalismus, Zentrum und Sozialdemokratie" für die bekante Forderung der Nationalsozialisten, betreffend den Zusammenschluß aller links stehenden Parteien gegen das Zentrum, eintrat.

(Mittelungen aus der Stadtratssitzung vom 8. November.) Einwohner der Gemeinde Kienlingen haben neuerdings, diesmal mit Unterstützung der Gemeinde Wörth und Forth, um Einlegung eines weiteren Frühzuges Maxau-Karlsruhe nachgefragt, damit den die hiesigen Schulen besuchenden Kindern aus den genannten Orten günstige Fahrgelegenheit geboten werde. Der Stadtrat erklärt sich der Großh. Generaldirektion der Badischen Staatsbahnen gegenüber damit einverstanden, daß auf jederseitigen Widerruf der Vormittags 6 Uhr 35 Min. von Karlsruhe Hauptbahnhof nach Mühlburg und von da 7 Uhr 14 Min. nach Karlsruhe zurücklaufende Zug bis nach Maxau weiter — und von da wieder nach Station Karlsruhe-Hauptbahnhof geführt werde. — Der Entwurf einer neuen Anordnung für das städtische Krankenhaus wird nach den Anträgen der Städtischen Krankenhauskommission genehmigt. — Auf Antrag der städtischen Schulkommission wird beschlossen, die Grundfläche hinsichtlich der Gewinnung von Zuschüssen aus der Stadtkasse zu den Ruhegehältern von Hauptlehrern der städtischen Volksschulen und zur Hinterbliebenenversorgung solcher Lehrer, auch auf die Reallehrer der Kaufmännischen Fortbildungsschule auszudehnen. — Im Einverständnis mit Großh. Oberlehrer wird Unterlehrer Wilhelm Gramlich an der städtischen Volksschule hier mit Wirkung vom 15. November d. J. an Stelle des verstorbenen Hauptlehrers Johann Baptist Steinmetz zum Hauptlehrer ernannt. Die durch die Zurückziehung des Hauptlehrers Karl Becker erledigte Stelle soll zur Vererbung ausgeschrieben werden. — Herr Stadterordneter Landgerichtsdirektor Dr. Karl Eller wird zum Mitglied der städtischen Rheinhafenkommission ernannt. — Es wurde angeregt, Bestimmung darüber zu treffen, ob und in welchem Umfange der Tag Allerheiligen im Dienstreis der Gemeindeverwaltung als Feiertag behandelt werden soll. Der Stadtrat beschließt, zunächst Erkundigung darüber einzuziehen, wie es in dieser Hinsicht bei den Staatsbehörden gehalten wird. — Die für das laufende Jahr verfügbaren Zinsen aus der Anna Derdingenstiftung werden an eine Schülerin des Prinzessin-Wilhelm-Stifts vergeben.

(Die Frage einer Aenderung der Wasserbezugsordnung.) Auf einen Antrag des Grund- und Hausbesitzervereins, durch den eine grundsätzliche Aenderung der Wasserbezugsordnung verlangt wird, entgegnete der Stadtrat, daß er den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet hält, einer grundsätzlichen Aenderung des seit 1869 dahier geltenden Systems für die Bemessung und Erhebung des Wassergebühres näher zu treten. Die Begründung lautet: „Nachdem die Großherzogliche Staatsbehörde sich nunmehr mit dem vom Stadtrat zur Durchführung der Schwemmanifikation vorgeschlagenen Anlagen und Einrichtungen prinzipiell einverstanden erklärt hat, ist mit Sicherheit zu erwarten, daß in kurzer Zeit anstelle der bisherigen Düngerabfuhr die Abwässerung der Fäkalien nach dem Rheine treten wird und daß mit den erforderlichen Bauten schon nächstes Frühjahr begonnen werden kann. Diese bevorstehende Neuerung wird aber natürlich auf den Wasserverbrauch von großem Einfluß sein und schon für sich allein notwendig machen, daß die Wasserbezugsordnung einer durchgreifenden Revision unterzogen wird. Sodann steht infolge der vom Staate geplanten Vermögenssteuer eine erhebliche Aenderung der steuerlichen Belastung insbesondere auch des Grund- und Häuserbesitzes in Aussicht, eine Aenderung, deren wesentliche Bedeutung für die Frage, ob und in welchem Umfange eine Erleichterung des Hausbesitzes hinsichtlich des Wassergebühres sich rechtfertigen läßt, keiner näheren Darlegung bedarf. Unter diesen Verhältnissen empfiehlt es sich nicht, derzeit über eine grundsätzliche Aenderung der Wasserbezugsordnung zu verhandeln; vielmehr erscheint es zweckmäßig, zuwarten, bis die bevorstehenden Neuerungen in ihren praktischen Folgen sich eingetragenermaßen überblicken lassen, da sonst die Gefahr besteht, daß die jetzt getroffene Anordnung schon nach kurzer Zeit unter heftigen Kämpfen der sich entgegenstehenden Interessen wieder aufgehoben werden müßte. Wir wollen es daher auch unterlassen, derzeit die Ausführungen der hierher mitgeteilten Denkschrift einer Beurteilung zu unterziehen. Dagegen sind wir gerne bereit, sobald über die Vermögenssteuer und über die Art und Weise der Durchführung der Schwemmanifikation Entscheidung getroffen sein wird, in eine grundsätzliche Prüfung der Frage einzutreten und dabei die Vertretungen sämtlicher Interessententeile, also auch die des Grund- und Häuserbesitzes, eingehend zu hören."

(Die Landesversammlung der Freisinnigen Partei in Baden) findet am Sonntag, den 20. November, vormittags 10 Uhr, im „Friedrichshof" statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die nächsten Landtagswahlen. Nachmittags 4 Uhr findet im Eintrachtsaal eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Müller-Meinings sprechen wird.

(Verein Frauenbildung—Frauenstudium.) Den Abteilungen Karlsruhe, Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Pforzheim und Baden des Vereins Frauenbildung—Frauenstudium wird der kleine Festsaal des Saal Sonntag den 27. d. M., von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, zur Abhaltung einer gemeinsamen Besprechung unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Den Teilnehmern an der Versammlung wird an fraglichem Tage zudem freier Besuch des Stadtparkens bewilligt.

(Erweiterungsarbeiten für das städtische Schlachthaus.) Das städtische Hochbauamt legte dem Stadtrat Grundrißplan und Kostenberechnung über die Erweiterung und Verbesserung des städtischen Schlachthaus und Viehhofes vor. Darnach beträgt die Gesamtsumme der für die neuen Bauten und deren maschinelle Einrichtung aufzuwendenden Kosten 1 180 000 M. Im einzelnen sind aufzuwenden: für eine neue Schweinschlachthalle 198 465 M., für ein Maschinenhaus mit Kesselraum, Schornstein und Wasserwerk 507 500 M., für einen Abort mit Pissoir 3460 M., für eine gedeckte Halle 33 300 M., für den Umbau des Maschinenhauses

54 450 M., für ein Vorkühnhaus 70 000 M., für eine Eisfabrik mit Hadmaschinenraum 116 275 M., für eine Halle zur Verbindung der Schlachthallen mit dem Kühlhaus 65 850 M., für ein neues Pferdebeschlaghaus 24 900 M., für eine Talgschmelze 12 000 M., für eine Dungsgrube 13 000 M., für die Vergrößerung der Stallraumfläche 35 700 M., für den Umbau des alten Pferdebeschlaghauses zu einem Schlachthaus für frische Tiere 10 500 M., für eine Hochbahnanlage für die Großviehschlachthalle 29 500 M. und für Anlage einer eigenen Dampfheizung für die vier bestehenden Schlachthallen 5100 Mark. — Die Direktion des Schlacht- und Viehhofes wurde darauf vom Stadtrat ersucht, im Benehmen mit den technischen Behörden Vorschlag über die Zeit und die Reihenfolge, in der die Um- und Neubauten ausgeführt werden sollen, zu machen. Sodann soll Vorlage an den Bürgerausschuß wegen Bewilligung der erforderlichen Mittel erlitten werden.

(Bei der städtischen Sparkasse) wurden im Monat Oktober dieses Jahres eingelegt 607 558,50 M., zurückgezogen 623 416,89 M. Die Zahl der Einlagen betrug 3948, die der Rückzahlungen 2778; Einleger gingen neu zu 531, ab 391.

(Die badischen landwirtschaftlichen Konsumvereine) beabsichtigen, im Mai nächsten Jahres in Karlsruhe eine Wein-ausstellung zu veranstalten.

(Aus dem Polizeibericht.) Dienstag nach 7/11 Uhr wurde in der Adlerstraße, nahe der Kriegstraße, eine Mannsperson von einem leeren Hofwagen überfahren. Dieser sprang aus einer Wirtschafft gerade in dem Augenblick, als das Fuhrwerk des Weges kam und sprang trotz Juras und ehe der Stauscher halten konnte, an den Wagen, so daß er umgeworfen und überfahren wurde. Der Mann, der angetrunken gewesen sein soll, wurde sofort mit dem Wagen in das Spital gebracht. Er erlitt leichte Kopfverletzungen und eine Gehirnerschütterung. — Gestern nachmittags 3 Uhr stieß ein vom Bahnhof kommender Straßenbahnwagen Ecke Kaiser- und Karl-Friedrichstraße auf einen dort stehenden britischen Wagen, der beschädigt wurde. Ein Unfall ist hierbei nicht passiert. Dienstag abends 6 Uhr fuhr ein angetrunkenen Fuhrmann mit einem einspännigen Transportwagen infolge Unachtsamkeit in die geschlossene Barriere am südlichen Bahnhofsübergang der Erlingerstraße und zertrümmerte dieselbe. Pferd und Kutscher blieben unverletzt. Dem Knecht wurde das Fuhrwerk abgenommen und durch einen anderen Kutscher nach Hause verbracht. — Am 8. d. M., morgens 11 Uhr, wurde in der Alb die Leiche eines Ertrunkenen aufgefunden und in die Leichenhalle im Stadteil Mühlburg verbracht. Die Leiche wurde in der Person des Handelsmanns Adam Koch von hier erkannt. Ob Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, steht nicht fest. Ein Verbrechen scheint ausgeschlossen, da an der Leiche keinerlei Spuren, welche auf ein Verbrechen schließen lassen, vorhanden waren. — Am 27. Oktober wurde im hiesigen Schlachthaus ein abgeschlachtetes Schwein im Werte von 80 M. gestohlen. — Ende voriger Woche kam in der Herrenstraße ein Wanderer-Fahrrad mit der Nummernummer 6317 Karlsruhe abhanden. — Ein verheirateter Kaufmann aus Ulm, der ein Einkommen von 10 000 M. bezog, und nur ein solches von 3000 M. versteuerte, wurde wegen Steuerhinterziehung angezeigt. — Der 17 Jahre alte Sohn eines auf der hiesigen Messe befindlichen Schaustellers stahl seinem Vater 550 M. und eine goldene Uhr im Werte von 300 M. und ging mit einem Frauengemitter flüchtig. — In der Nacht zum 6. d. M. wurde einem Fremden in einem Gasthause in der Kriegstraße ein Leberzieher entwendet. — Wegen Unterschlagung wurde ein 15 Jahre alter Kaufmannslehrling aus Erlangen angezeigt, der seinem Lehrherrn unredlicherweise Auskünfte im Betrag von 255 M. entlehnte und sich damit flüchtete. — Ein zu mehrjähriger Juchhausstraße verurteilter Hochstapler aus Speyer, der noch weitere Verurteilungen zu gewärtigen hatte und vor einigen Tagen Kerkerhals in das städtische Krankenhaus eingeliefert wurde, fand dort Gelegenheit, durchzubrennen. — Verhaftet wurden u. a. ein 39 Jahre alter, verheirateter Kaufmann aus der Oststadt, wegen Vergehens gegen die Konsumordnung; ein 18 Jahre alter Schloffer von hier, der gestern in einem Kaufe in der Lessingstraße 94 M. stahl; ein verheirateter, 30 Jahre alter Schuster aus Ruffina (Italien) wegen Vergehens gegen § 176 Piff. 1 des R.St.G.B.; eine 30 Jahre alte, aus Sandweiler gebürtige und von ihrem Ehemann getrennt lebende Frau, welche dringend bedürftig ist, in Läden Seidentoffe gestohlen und im städtischen Leihhaus verhaftet zu haben. — Gestern nachmittags stürzte, offenbar infolge des Sturmes, der vier Stockwerk hohe, aus Wadstein hergestellte Giebel eines Neubaus in der Nullstraße teilweise ein. Verunglückt ist dabei niemand, da zurzeit des Vorganges niemand an dem Bau beschäftigt war. — In letzter Zeit kamen verschiedene Personen zur Anzeige wegen Verleumdung von Schulleuten durch Aeußerungen in bezug auf die Entwendung von Fischen aus dem Stadtpark. Deren Verurteilung ist bei der Staatsanwaltschaft beantragt worden.

(V. Seiblers, 10. Nov.) Der Antrag zu den Vorträgen des Dr. Kaufmann-Berlin ist ein ungeheurer und fertig wachsender. — In der Stadthalle wurde am Dienstag die erste städtische „Reunion" abgehalten und nahm einen glänzenden Verlauf. — Im Stadtheater hat eine japanische Schauspieltruppe gastiert und lebhaftes Interesse erweckt.

(Achern, 10. Nov.) Der Mittelbadische Verein für Geflügel- und Kaninchenzucht mit dem Sitz in Achern hält daselbst im „Ochsenaal" am 19., 20. und 21. November eine Geflügel-, Vogel- und Kaninchenausstellung ab. Mit derselben ist ein Geflügelmarkt von altem und jungem Zuchtgefuge verbunden.

(Mühlheim, 11. Nov.) Die hiesige landwirtschaftliche Kreiswinterschule hat vorgestern ihren 38. Kurs eröffnet. Von 40 Neuangemeldeten konnten nur 32 Schüler aufgenommen werden. Die Zurückweisung erfolgte teilweise wegen zu jungem Alter, teils wegen Platzmangels. Vertreten ist das Alter von 15 bis 25 Jahren. Sieben Schüler besuchen die Anstalt zum zweitenmal. Ein solch starker Zustrom hat noch nie stattgefunden.

(Karlsruher Kunstverein.) Im grauen Seitenlichtkabinett des Kunstvereins hat Ludwig Dill eine größere Kollektion seiner Dackauer Landschaften ausgestellt.

Wir dürfen die Eigenart der Dill'schen Naturauffassung bei den hiesigen Kunstfreunden als wohl bekannt voraussetzen: hat sich doch sein Krings seit einer Reihe von Jahren mit einer ungewöhnlichen Konsequenz der Entwicklung nach Einem Ziel hin gesteigert und abgeklärt. Was Dill in der Natur sucht, ist das Welterische par excellence: d. h. farbig die feinsten Akorde innerhalb der Gegenstände von Warm und Kalt naherwandler Klänge und formal die große Form, den einfachen, geschlossenen Aufbau. So ein Bild ist wie eine Architektur in sich gefügt; alles Nebensächliche, vom Hauptgedanken Ablenkende ist unterdrückt. Gleich kommt auf diese Weise in das Bild hinein eine im edelsten Sinne dekorative Wirkung: es ist ganz und gar Augenlust; der Gegenstand an sich, das wo? und was? einer bestimmten Gegenständlichkeit ist vollkommen überwunden. Es ist begreiflich, daß eine solche abstrakte Verfeinerung der Naturanschauung, die auch eine gewisse Reife des Verstand-

nisses voraussetzt, nicht jedermann ohne weiteres verständlich ist; es ist ebenso begreiflich, daß die Motive dafür nicht auf der Straße liegen, sondern sehr verfeinerte Organe verlangen — es ist aber ganz berechtigt, zu glauben, daß diese Kunst sich geistigermaßen über die Natur stelle. Solche Bilder malt man nicht nach rein dekorativen Absichten „aus dem Kopf". Sie sind das Resultat einer ganz besonders innigen Liebe zur Natur, einer Vertrautheit mit ihren apartesten und seltensten Reizen. K. W.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Stuttgart, 11. Nov. Die Kammer der Abgeordneten hat in ihrer heutigen Sitzung bei Beratung der Gemeindeordnung einen Antrag der Kommission angenommen, durch den der Regierung bei der Errichtung neuer und der Abänderung oder Aufhebung bestehender Gemeindeordnungen durch die Gemeindefolgen nur das Vorkaufsrecht zuerkannt wird, während sie das Genehmigungsrecht, also ein weiteres Maß von Mitwirkung verlangt hatte. Der Vollzug der Gemeindeordnungen muß dann unterläßt werden, wenn sie mit den Gesetzen in Widerspruch stehen, oder die Rechte dritter verletzen, oder das öffentliche Wohl schädigen.

Wien, 11. Nov. Seine Majestät der Kaiser beglückwünschte den Präsidenten Roosevelt telegraphisch zu dem glänzenden Wahlsiege.

London, 11. Nov. Dem Reuterschen Bureau wird aus Pretoria von gestern gemeldet: Seine Majestät König Edward drückte der südafrikanischen Regierung den Wunsch aus, daß die Leiche Krügers bei ihrem Eintreffen in Kapstadt und Pretoria mit dem Königsalut begrüßt werde. Während der Beerdigung soll ein Trauerfalut aus Geschützen abgegeben werden.

Washington, 11. Nov. Die Marineverwaltung wird vom nächsten Kongreß die Ermächtigung zum Bau von 3 Schlauchschiffen, 5 Kreuzern, 6 Torpedobootzerstörern, 6 Torpedobooten und 2 Kohlen Schiffen verlangen. Die Kosten sind auf Dollars 41 300 000 veranschlagt.

Kroisistofawski (Transbaikalien), 11. Nov. Mongolischen Berichten zufolge ist eine Versammlung mongolischer Fürsten zur Beratung Tibet und die Mongolei betreffender Fragen geplant.

London, 11. Nov. Aus Simla wird gemeldet: Die Leiche des ermordeten Deutschen, Fleischer, ist gefunden und nach Peshawar gebracht worden.

Verstorbene.

Hamburg, 11. Nov. (Telegr.) Der Dampfer „Edith Behne", der für die Boermannlinie mit Eisenbahnschienen und Lokomotiven nach Swatopmund bestimmt war, ist an der liberianischen Küste Westafrikas total verloren gegangen. Die Post wurde gerettet, doch ist die Mannschaft gerettet.

Darmstadt, 11. Nov. Anlässlich der Feier der 400. Wiederkehr des Geburtstages Philipps des Großmütigen, am 13. d. M., werden fünf- und zweimarshide im Gesamtbetrag von 500 000 Mark mit dem Bildnisse Philipps des Großmütigen und des regierenden Großherzogs geprägt.

Darmstadt, 10. Nov. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte einstimmig die Vorlage zugunsten der Erbauung eines Volksbades. Die Kosten sind auf 600 000 Mark veranschlagt.

Kaiserslautern, 11. Nov. Bei den gestrigen Stadtratswahlen haben, wie die „Pfälz. Presse" meldet, die Sozialdemokraten infolge Zusammengehens der bürgerlichen Parteien die bisher innegehabten 4 Sitze eingebüßt.

Kopenhagen, 11. Nov. (Telegr.) Bei Laurvig sind 5 norwegische Fischerboote aus Groenoe mit der ganzen Besatzung von 20 Mann untergegangen.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.
Samstag, 12. Nov. Abt. C. 15. Abt. Barst. Neu einstudiert: „Der Weisheitsfresser", Lustspiel in 4 Akten von G. von Moser. Anfang 7 Uhr.
Eintrittspreise: am 6. und 13. Nov. Balkon 1. Abt. 6 M., Sperrsitze 1. Abt. 4,50 M. usw.; am 8., 10., 11. und 12. Nov. Balkon 1. Abt. 5 M., Sperrsitze 1. Abt. 4 M. usw.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydro.
vom 11. November 1904.

Während die Depression, welche gestern über den russischen Ostseeprovinzen gelegen war, abgezogen ist, hat sich über der östlichen Hälfte Mitteleuropas hoher Druck, der einen Kern über Böhmen aufweist, festgesetzt; in seinem Bereich herrscht am Morgen bei meist heiterem Himmel leichter Frost. In der westlichen Hälfte des Festlandes fiel am Morgen unter der Einwirkung einer im Nordwesten der britischen Inseln erschienenen Depression wieder Regen. Etwas wärmeres Wetter mit Regenfällen ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden
vom 11. November, früh.

Lugano wolkenlos 6 Grad; Biarritz bedeckt 14 Grad; Nizza heiter 9 Grad; Triest halbbedeckt 11 Grad; Florenz wolkenlos 8 Grad; Rom wolkenlos 8 Grad; Cagliari wolkig 17 Grad; Brindisi wolkenlos 9 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

November	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Feuchtigkeit in mm	Wind. in mm	Witterung
10. Nachts 9 ^u 11.	755.8	7.7	6.3	80	8	bedeckt 1)
11. Morgs. 7 ^u 11.	756.6	5.1	5.9	90	8	" 1)
11. Mittags 2 ^u 11.	753.1	7.5	7.7	100	8	"

1) Regen

Höchste Temperatur am 10. November: 12.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 4.5.

Niederschlagsmenge des 10. November: 1.4 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 11. November 328 m, gestiegen 18 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaß in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.

Rehrfachen Wünschen entsprechend, haben wir
Münchener Spatenbräu
 zugelegt und empfehlen solches in 1/2 und 1/3 Flaschen aus
 sämtlichen Verkaufsstellen. Bei Abnahme von 12 1/2 oder 15 1/2
 Flaschen erfolgt die Lieferung frei ins Haus.
 R. 826.3 Der Vorstand.

**Süddeutsche Bank
 in Mannheim.**

Wir beehren uns die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft zu einer am
Mittwoch, den 7. Dezember d. J., nachmittags 3 1/2 Uhr,
 in unserem Geschäftstotal D 4. 9/10 stattfindenden
ausserordentlichen Generalversammlung
 ergebenst einzuladen.

Tagesordnung.

1. Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft um Kom. M. 4000000.—
 Aktien, welche, unter Ausschluß des Bezugsrechtes der Aktionäre, der
 Deutschen Bank in Berlin und der Oberrheinischen Bank in Mann-
 heim überlassen werden.
 2. Abänderung der Statuten in Artikel 3 entsprechend der beschlossenen
 Kapitalerhöhung und Ergänzung des § 23 durch folgenden Zusatz:
 „Auf Aktien, die am Schlusse des Geschäftsjahres noch nicht
 oder erst im Laufe des Geschäftsjahres voll eingezahlt sind, ent-
 fällt ein dem eingezahlten Betrag und der seit dessen Einzahlung
 verfloßenen Zeit entsprechender Betrag.“
 3. Zumahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
- Unsere Herren Aktionäre werden gemäß § 14 des Gesellschaftsvertrages
 ersucht, sich über den Besitz ihrer Aktien bis spätestens Samstag, den 3. De-
 zember d. J.
 in Mannheim bei der Kasse der Gesellschaft und bei der Ober-
 rheinischen Bank,
 in Berlin bei der Deutschen Bank und bei der Dresdner Bank,
 in Frankfurt a. M. bei der Deutschen Effekten- & Wechselbank,
 in Karlsruhe bei den Herren Strauß & Co.,
 in St. Johann a. d. Saar bei den Herren Lazarus, Brach & Co.,
 in Wiesbaden bei der Wiesbadener Bank Herren E. Bielefeld
 & Söhne,
 in Worms bei der Filiale der Süddeutschen Bank,
 oder bei einem Notar
 auszuweisen und dagegen eine Eintrittskarte in Empfang zu nehmen.
 Mannheim, den 9. November 1904.

Der Aufsichtsrat.

Jagdverpachtung.

Die Gemeinde Oberdorf (Amt Rastatt) läßt am
Mittwoch, den 30. November, nachmittags 3 Uhr,
 auf dem Rathaus daselbst das Jagdrecht auf ihrer Ge-
 markung auf sechs Jahre öffentlich verpachten. Dieses
 Jagdrecht umfaßt 29 ha Wald und 213 ha Feld.
 Hierzu werden Liebhaber mit dem Ansuchen eingeladen,
 daß als Bieter nur solche Personen zugelassen werden,
 welche sich im Besitze eines Jagdpasses befinden, oder
 durch ein Zeugnis der zuständigen Behörde nachweisen, daß gegen Erteilung
 eines Jagdpasses kein Bedenken obwaltet.
 Oberdorf, den 10. November 1904.
 Der Gemeinderat.
 W u n s ch, Bürgermeister. vdt. Strelling.

Jagdverpachtung.

Großh. Forstamt Durlach verpachtet am
Donnerstag, den 1. Dezember d. J.,
vormittags 10 Uhr,
 auf seinem Geschäftszimmer in Durlach, Hauptstraße 61,
 die Jagd im Domänenwalde Hohberg (zwischen Zöblingen,
 Wödingen und Wöschbach) gelegen mit einer Flächen-
 größe von 185 ha vom 1. Februar 1905 an auf 6 Jahre.
 Auf diesem Geschäftszimmer können bis zum Tage der Verpachtung jederzeit
 die Pachtkbedingungen eingesehen werden.
 R. 990
 Pachtliebhaber, welche dem Großh. Forstamt nicht genau bekannt sind,
 haben sich bei der Verpachtung über ihre Jagdpachtfähigkeit auszuweisen.

Jagd-Verpachtung.

Die auf Donnerstag, den 17. d. M.,
 anberaumte Verpachtung der Ge-
 meindejagd auf Gemarkung Bommendorf
 (Schwarzwald) findet erst am
Samstag, den 26. d. M.,
vormittags 10 Uhr,
 im Rathaussaale in Bommendorf statt.
 Der Entwurf des Jagdpachtvertrags
 liegt auf dem Rathaus zur Einsicht
 auf.
 R. 982.2.1.
 Es werden nur solche Personen als
 Steigerer zugelassen, welche im Be-
 sitze eines Jagdpasses sind oder durch
 Zeugnis der zuständigen Behörde
 nachweisen können, daß der Erteilung
 eines solchen nichts entgegensteht.
 Bommendorf, den 9. Nov. 1904.
 Der Gemeinderat.



Glück

hatte eine meiner Kunden wieder
 in Berlin mit Haupttreffer von **M. 1500**,
 außerdem erhielt ich ca. 50 mittlere
 und kleine Gewinne, die ich alle sofort
 auszahle; demnächst spielen Sträß-
 burger und Gotha à 1.—, Kölner
 à 1.50 und württ. Geldlose à 3.— per
 Stück. Mehr mit Rabatt erhältlich bei

Carl Götz
 Hebelstraße 11/15, Karlsruhe.

**Woll. Leibbinden,
 woll. Kniewärmer,
 woll. Strümpfe und
 woll. Socken** vorrätig.
 Neuankertigung u. Ausstricken
 wird rasch besorgt bei billiger
 Berechnung.

C. W. Keller,
 am Ludwigsplatz.

Jagd-Verpachtung.

Die Gemeinden **Billingen** und **Unterfirnach** verpachten am
Dienstag, den 29. November l. J., nachmittags 2 Uhr,
 im Saale des alten Rathauses in Billingen die
ca. 3000 ha große Wald- und Feldjagd
 der Gemeinden **Billingen** und **Unterfirnach** auf die Dauer von 6 Jahren
 (1. Februar 1905 bis 31. Januar 1911) in 4 Abteilungen oder die 3 Abteilungen
 der Gemeinde Billingen im Ganzen, ferner die **Auerhahnjagd** auf einem
 Gebiete von ca. 2900 ha des Billinger Stadtwaldes besonders.
 Nähere Auskunft erteilen auf Anfragen die untergeordneten Behörden.
 Es wird darauf hingewiesen, daß gemäß § 24 der Verordnung des Großh.
 Ministeriums des Innern vom 6. November 1886 als Bieter nur solche Per-
 sonen zugelassen werden, welche sich im Besitze eines Jagdpasses befinden oder
 durch ein schriftliches Zeugnis der zuständigen Behörde (Bezirksamt) nachweisen,
 daß gegen die Erteilung des Jagdpasses ein Bedenken nicht obwaltet.
 Die Pachtliebhaber werden hiermit zur Versteigerung eingeladen.

Billingen,
Unterfirnach, den 8. November 1904.
Die Gemeinderäte:
Billingen: Unterfirnach:
Dr. Braunagel. **Bleßing.**
 Dwart. R. 983.2 Schreiber.

Bürgerliche Rechtsstreite.
Konkursverfahren.
 R. 963. Nr. 4328 VI. Karlsruhe.
 Ueber das Vermögen des Wärdnermei-
 sters **Jacob Friedrich Eigin** in Knie-
 lingen wurde am 7. November 1904,
 nachmittags halb 6 Uhr, das Konkurs-
 verfahren eröffnet.

Rechtsanwalt **Dr. Ellenbogen** hier
 ist zum Konkursverwalter ernannt.
 Konkursforderungen sind bis zum
 19. Dezember 1904 bei dem Gerichte
 anzumelden.
 Es ist zur Beschlußfassung über die
 Wahl eines anderen Verwalters, sowie
 über die Bestellung eines Gläubiger-
 ausschusses und eintretendenfalls über
 die in § 132 der Konkursordnung be-
 zeichneten Gegenstände auf
Donnerstag den 1. Dezember 1904,
vormittags halb 11 Uhr,
 und zur Prüfung der angemeldeten
 Forderungen auf
Donnerstag den 12. Januar 1905,
vormittags halb 11 Uhr,
 vor dem Amtsgericht hier selbst, Aka-
 demiestraße 2B, 2. Stock, Zimmer Nr.
 39, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur
 Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
 haben oder zur Konkursmasse etwas
 schuldig sind, ist aufgegeben, nichts
 an den Gemeinschuldner zu verabfol-
 gen oder zu leisten, auch die Ver-
 pflichtung auferlegt, von dem Besitze
 der Sache und von den Forderungen,
 für welche sie aus der Sache abge-
 sonderte Befriedigung in Anspruch neh-
 men, dem Konkursverwalter bis zum
 19. Dezember 1904 Anzeige zu
 machen.

Allen Personen, welche eine zur
 Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
 haben oder zur Konkursmasse etwas
 schuldig sind, ist aufgegeben, nichts
 an den Gemeinschuldner zu verabfol-
 gen oder zu leisten, auch die Ver-
 pflichtung auferlegt, von dem Besitze
 der Sache und von den Forderungen,
 für welche sie aus der Sache abge-
 sonderte Befriedigung in Anspruch neh-
 men, dem Konkursverwalter bis zum
 19. Dezember 1904 Anzeige zu
 machen.

Allen Personen, welche eine zur
 Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
 haben oder zur Konkursmasse etwas
 schuldig sind, ist aufgegeben, nichts
 an den Gemeinschuldner zu verabfol-
 gen oder zu leisten, auch die Ver-
 pflichtung auferlegt, von dem Besitze
 der Sache und von den Forderungen,
 für welche sie aus der Sache abge-
 sonderte Befriedigung in Anspruch neh-
 men, dem Konkursverwalter bis zum
 19. Dezember 1904 Anzeige zu
 machen.

Allen Personen, welche eine zur
 Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
 haben oder zur Konkursmasse etwas
 schuldig sind, ist aufgegeben, nichts
 an den Gemeinschuldner zu verabfol-
 gen oder zu leisten, auch die Ver-
 pflichtung auferlegt, von dem Besitze
 der Sache und von den Forderungen,
 für welche sie aus der Sache abge-
 sonderte Befriedigung in Anspruch neh-
 men, dem Konkursverwalter bis zum
 19. Dezember 1904 Anzeige zu
 machen.

Allen Personen, welche eine zur
 Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
 haben oder zur Konkursmasse etwas
 schuldig sind, ist aufgegeben, nichts
 an den Gemeinschuldner zu verabfol-
 gen oder zu leisten, auch die Ver-
 pflichtung auferlegt, von dem Besitze
 der Sache und von den Forderungen,
 für welche sie aus der Sache abge-
 sonderte Befriedigung in Anspruch neh-
 men, dem Konkursverwalter bis zum
 19. Dezember 1904 Anzeige zu
 machen.

Allen Personen, welche eine zur
 Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
 haben oder zur Konkursmasse etwas
 schuldig sind, ist aufgegeben, nichts
 an den Gemeinschuldner zu verabfol-
 gen oder zu leisten, auch die Ver-
 pflichtung auferlegt, von dem Besitze
 der Sache und von den Forderungen,
 für welche sie aus der Sache abge-
 sonderte Befriedigung in Anspruch neh-
 men, dem Konkursverwalter bis zum
 19. Dezember 1904 Anzeige zu
 machen.

Allen Personen, welche eine zur
 Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
 haben oder zur Konkursmasse etwas
 schuldig sind, ist aufgegeben, nichts
 an den Gemeinschuldner zu verabfol-
 gen oder zu leisten, auch die Ver-
 pflichtung auferlegt, von dem Besitze
 der Sache und von den Forderungen,
 für welche sie aus der Sache abge-
 sonderte Befriedigung in Anspruch neh-
 men, dem Konkursverwalter bis zum
 19. Dezember 1904 Anzeige zu
 machen.

Allen Personen, welche eine zur
 Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
 haben oder zur Konkursmasse etwas
 schuldig sind, ist aufgegeben, nichts
 an den Gemeinschuldner zu verabfol-
 gen oder zu leisten, auch die Ver-
 pflichtung auferlegt, von dem Besitze
 der Sache und von den Forderungen,
 für welche sie aus der Sache abge-
 sonderte Befriedigung in Anspruch neh-
 men, dem Konkursverwalter bis zum
 19. Dezember 1904 Anzeige zu
 machen.

Allen Personen, welche eine zur
 Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
 haben oder zur Konkursmasse etwas
 schuldig sind, ist aufgegeben, nichts
 an den Gemeinschuldner zu verabfol-
 gen oder zu leisten, auch die Ver-
 pflichtung auferlegt, von dem Besitze
 der Sache und von den Forderungen,
 für welche sie aus der Sache abge-
 sonderte Befriedigung in Anspruch neh-
 men, dem Konkursverwalter bis zum
 19. Dezember 1904 Anzeige zu
 machen.

Allen Personen, welche eine zur
 Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
 haben oder zur Konkursmasse etwas
 schuldig sind, ist aufgegeben, nichts
 an den Gemeinschuldner zu verabfol-
 gen oder zu leisten, auch die Ver-
 pflichtung auferlegt, von dem Besitze
 der Sache und von den Forderungen,
 für welche sie aus der Sache abge-
 sonderte Befriedigung in Anspruch neh-
 men, dem Konkursverwalter bis zum
 19. Dezember 1904 Anzeige zu
 machen.

Allen Personen, welche eine zur
 Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
 haben oder zur Konkursmasse etwas
 schuldig sind, ist aufgegeben, nichts
 an den Gemeinschuldner zu verabfol-
 gen oder zu leisten, auch die Ver-
 pflichtung auferlegt, von dem Besitze
 der Sache und von den Forderungen,
 für welche sie aus der Sache abge-
 sonderte Befriedigung in Anspruch neh-
 men, dem Konkursverwalter bis zum
 19. Dezember 1904 Anzeige zu
 machen.

den. Ebenda sind die Verdingungs-
 unterlagen zur Einsicht aufgelegt. Ein
 Versand derselben nach auswärts fin-
 det nicht statt. R. 987.2.1.
 Offenburg, den 8. Nov. 1904.
 Der Gr. Bauhauinspektor.

Materialienlieferung.

- Die Großh. Heil- und Pflegeanstalt
 Jllenaun vergibt im Wege des schrift-
 lichen Angebots für das Betriebsjahr
 1905 die Lieferung nachstehender Ma-
 terialien und zwar von: R. 989
- 50 kg Spinnhanf,
 - 150 „ Söhlleder,
 - 50 „ Rindleder,
 - 40 „ Kalbleder,
 - 400 m Wollluch zu Männerklei-
 dern — 220 m schwerem
 und 180 m leichtem, —
 - 300 „ Baumwollzeug für Män-
 nerkleider,
 - 1200 „ verschiedene Kattune und
 Baumwollstanelle,
 - 300 „ Flanell,
 - 80 kg fünfdrähtiger grauer Strick-
 wolle,
 - 20 „ Baumwolle,
 - 70 Stück abgepaßten wollenen Un-
 terröcken,
 - 30 „ feinen weißen Woldecken,
 270 cm lang, 180 cm
 breit, 1,75 kg schwer,
 - 130 „ gewöhnlichen weißen Wol-
 deden, 240 cm lang, 150
 cm breit, 2,50 kg schwer,
 reingesponnenen Schweif-
 haaren,
 - 250 „ Bettfedern,
 - 200 m weißem Camaßi,
 - 220 „ rotem Federleinen, 120 m
 ca. 130 cm breit, 100 m
 ca. 85 cm breit,
 - 170 „ grobgebildtem Fischschu-
 zuge, 170 cm breit,
 - 12 Stück grobgebildten Fischschu-
 chern, 90/100 cm groß,
 - 48 „ feingebildten Fischschu-
 chern, 110/130 cm groß,
 - 72 „ feingebildten Servietten,
 grobgebildten Servietten,
 - 150 „ feingebildten Sandtuchern,
 Badetüchern,
 - 48 „ kristallisierter Soda,
 - 7000 kg Kernseife mit mindestens
 60 Proz. Fettäuregehalt,
 - 1400 „ Halbkerseife m. mindestens
 46 Proz. Fettäuregehalt,
 - 1200 „ brauner Parzelerseife mit
 mindestens 60 Proz. Fett-
 säuregehalt,
 - 2000 „ farbiger Schmierseife mit
 mindestens 40 Proz. Fett-
 säuregehalt,

einließlich des Parzelerseifes, welcher
 ein Drittel des Gesamtgewichtes an
 Fettäure und Garz nicht übersteigen
 darf. Alle diese Seifen dürfen außer-
 dem kein freies Alkali in merklichen
 Mengen enthalten.
 Die mit Muster zu belegenden An-
 gebote sind verschlossen und geeignet
 überzuleben bis
Dienstag, den 22. November d. J.,
vormittags 10 Uhr,
 an die Anstaltsdirektion portofrei ein-
 zuzufenden, daselbst findet zu diesem
 Zeitpunkt die Eröffnung der ein-
 gelaufenen Angebote statt. Die Zu-
 schlagsfrist ist auf 4 Wochen bestimm.
 Die näheren Lieferungsbedingungen
 können auf der Kanzlei der Anstalt
 eingesehen werden.
 Jllenaun, den 8. November 1904.

**D.17. Karlsruhe.
 Großh. Bad. Staats-
 Eisenbahnen.**

Bekanntmachung.
 Mit Wirkung vom 9. November d. J.
 an ist die seit dem 15. September d. J.
 eingeführte Beschränkung der Kabelfristen
 für die auf Anschlußstellen, Lagerplätzen,
 sowie im Wasserumschlagsverkehr zu be-
 und entladenden Wagen wieder
 aufgehoben worden.
 Karlsruhe, den 10. November 1904.
 Großh. Generaldirektion.

Bekanntmachung.

R. 991.3.2.1. Mannheim. Die For-
 haber des hiesigen Instituts „Ganja“,
 allgemeines Handelsindikator, Auskun-
 fter, Zinss- und Rechtsbureau, sind
 wegen Unterschlagung und Untreue
 verhaftet worden. Es besteht drin-
 gender Verdacht, daß in zahlreichen
 Fällen Gelder, zu deren Einlassierung
 das genannte Institut beauftragt wor-
 den war, nicht an die Auftraggeber ab-
 geliefert, sondern unterschlagen wor-
 den sind.

Zu eruche alle diejenigen Perso-
 nen, welche mit dem genannten Insti-
 tut in Geschäftsbeziehungen getreten
 sind und sich durch daselbst geschädigt
 glauben, sich bei der Kriminalpolizei
 in Mannheim zu melden.
 Wahrscheinlich hat das Institut auch
 unter dem Namen „Rheinische Kredit-
 schutzgesellschaft m. B. S.“ gearbeitet.
 Mannheim, den 10. Nov. 1904.
 Großh. Untersuchungsrichter III:
 v. Dufsch.